

renz, sondern auch eine Absicht, mittels gezielter Bischofsernennungen die Kirche Hollands wieder auf den „richtigen Kurs“ zu bringen. Noch in diesem Jahr steht eine weitere Ernennung bevor, nachdem der Bischof von Roermond ebenfalls aus Alters- und Gesundheitsgründen seinen Rücktritt angekündigt hat.

Es ist wiederum eine Ironie der Ereignisse, daß sowohl der Pronuntius als auch vatikanische Kreise, nachdem sie sich vorher gegenüber dem gesamten Wahlmodus distanziert gehalten haben und für sie die Sache erst mit der Aufstellung der Dreierliste interessant wurde, nun hinterher sich auf die Liste der 80 Namen berufen, auf die zweite Stelle, die der Name Simonis dort eingenommen habe. Als bei einer Pressekonferenz ein Mitarbeiter des Pronuntius von einer Manipulation des Diözesanrates sprach, hatte das eine Intervention im niederländischen Parlament durch zwei sozialdemokratische Abgeordnete zur Folge, die vom Ministerpräsidenten mit dem Hinweis, daß es sich hier um innerkirchliche Angelegenheiten handele, beantwortet wurde.

Der einsetzenden Protestwelle, vor allem diözesaner Gremien, entsprach auf der anderen Seite eine Reihe von Sympathiekundgebungen von seiten der Gläubigen. Hier zeigte sich die Differenzierung. Während die Gläubigen mehr die Person sahen, unterschieden die diözesanen Gremien da-

von die Qualität als Bischof, mit dem sie ja zusammenarbeiten müßten. Da diese Qualität angezweifelt und eine Zusammenarbeit zumindest für äußerst schwierig gehalten wurde, kündigte der diözesane Pastoralrat im ersten Ärger seine Mitarbeit und legte die Dechantenkonferenz Simonis nahe, seine Ernennung nicht anzunehmen.

Die Bischöfe schwiegen vierzehn Tage. Nach einem dreistündigen Gespräch zwischen Kardinal Alfrink und Simonis, nach zwei weiteren mehrstündigen Beratungen des Bischofskollegiums verabschiedeten sie am 12. Januar ein Communiqué, das sehr klar zum Ausdruck bringt, daß die Bischöfe versucht haben, Rom dazu zu bewegen, die Ernennung zurückzuziehen, nun aber, da der Papst bei seiner Entscheidung blieb, bereit sind, diese Entscheidung zu akzeptieren. Zugleich wird von der Bereitschaft des Neuernannten gesprochen, mit dem Bischofskollegium zusammenzuarbeiten, und das Bedauern darüber ausgedrückt, daß seine nach der Ernennung gemachten Äußerungen den Eindruck hinterlassen konnten, er stelle sich gegen die Bischöfe. Der „Fall Simonis“ hat erneut deutlich gemacht, daß die im Communiqué als schmerzlich empfundene Kommunikationsstörung noch immer die gemeinsame Basis des offenen Gesprächs zwischen Rom und Holland vermissen läßt.

## Die polnischen Bischöfe und die neue Führung

Der Wechsel in den Führungsspitzen von Partei und Regierung, den die vorweihnachtlichen zum Teil blutigen Unruben in den Ostseeregionen Polens fast über Nacht erzwingen, läßt u. a. die Frage aufkommen, ob und wie er sich auf das bisherige seit rund zwei Jahren wenigstens äußerlich entspannte Verhältnis von Staat und Kirche auswirken wird. Der neue Parteichef E. Gierek gilt als harter, aber loyaler Gegner der Kirche, der in Schlesien eine restriktive Kirchenpolitik betrieben hat, zugleich aber gesellschafts- und wirtschaftspolitisch aufgeschlossen ist mit einer gewissen Dialogbereitschaft nach unten. Als Technokrat denkt er vorwiegend pragmatisch und weniger doktrinär. Zudem wird er sich in der gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisensituation sicher keine

zusätzlichen Spannungen mit der Kirche leisten können. Eine Unbekannte in dieser Rechnung ist der nun ins Politbüro, das höchste Führungsgremium der Partei, als Vollmitglied aufgestiegene General M. Moczar. Spätestens seit dem Machtkampf zwischen ihm und Gomulka 1967/68 ist bekannt, daß er die höchste Parteifunktion anstrebt. Er gilt als einflußreich und hat jedenfalls im Gefolge des Führungswechsels seine Position festigen können.

### Bereitschaft zur „Normalisierung“

Inzwischen hat es erste Anzeichen einer Bereitschaft zur „Normalisierung“ gegeben. In seiner ersten Rundfunkansprache an die Nation am 20. Dezember 1970 forderte der neue Parteichef alle Bürger, „Partei-

mitglieder und Parteilose, Gläubige und Nichtgläubige“, zur Mitarbeit an der Lösung der gegenwärtigen Probleme auf. In seiner Sejmrede vom 23. Dezember erklärte der neue Ministerpräsident P. Jaroszewicz: „Indem wir im Rahmen der Nationalen Einheitsfront ein verstärktes Zusammenwirken aller glaubenden und nichtglaubenden Bürger anstreben, werden wir auf eine volle Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat hinarbeiten, wobei wir gleichzeitig erwarten, daß die Bemühungen der Regierung bei den katholischen Geistlichen und Laien ein entsprechendes Verständnis finden.“ Und das Parteiorgan „Trybuna Ludu“ (24. 12. 70) griff die gleiche Formulierung auf, als es alle zu gemeinsamen Anstrengungen aufrief.

Die Weihnachtsansprache bot Kardinal Wyszyński am 25. Dezember die Gelegenheit, auf dieses Angebot wie auf die Ereignisse der letzten Tage einzugehen. Die Predigt wurde von Beobachtern trotz ihrer kritischen Akzente in manchen für die Partei äußerst empfindlichen Punkten als insgesamt versöhnliche Geste des Kardinals gewertet. Der Kardinal forderte das Volk auf, nicht nach Schuldigen für die „tragische Prüfung“ der Vorweihnachtszeit zu suchen. Alle müßten sich mitverantwortlich fühlen. Auch „wir Bischöfe und Priester in unserem freien Vaterland, für dessen Unabhängigkeit und Wohlstand wir arbeiten, indem wir auf dem uns für die spirituelle Erneuerung der Nation zugewiesenen Sektor kämpfen, fühlen uns mitverantwortlich“ und bitten die vom Unglück betroffenen Familien um Verzeihung. Der Primas forderte weiter „Verständnis“, „Verzeihung“, „Mitgefühl“ und den Verzicht auf „Anklage“. Er rief alle zu verstärkten Anstrengungen auf, „damit es wieder mehr Brot in unserem Vaterland gebe und die Scheibe Brot zuerst an die Kinder der Nation, die arbeitenden Mütter und Väter gerecht verteilt werde“. Die Parteispitze wird es wohl richtig verstanden haben, als er von der Vergangenheit mit prospektiver Zielrichtung sagte: „Vielleicht habe ich meine Stimme nicht laut genug erhoben, nicht genügend gemahnt, gewarnt und gebetet, obwohl ja meine Stimme nicht immer gehört wurde und nicht jedermanns Gewissen, Willen und Gedanken wachgerüttelt hat.“ Der Kardinal schloß mit den Worten: „Das ist die Frucht dieses Weih-

nachten, die ‚Frucht der Hoffnung‘, denn wir Polen sind zu echter Demokratie fähig und können sie uns in Polen leisten, denn sie hat es seit den Zeiten der Könige in der Tradition des polnischen Volkes immer gegeben. Wir können es uns leisten, von unserer christlichen Einstellung her eine aktivere Zusammenarbeit mit den Kindern Gottes der ganzen Nation zu fordern, mit all jenen, die ein Recht auf Freiheit, Achtung, Liebe und Gewissensfreiheit haben.“ In der Predigt verlas der Kardinal auch eine Botschaft des Papstes an das polnische Volk, in der dieser es seiner Fürbitte versicherte (vgl. „Osservatore Romano“, 25. 12. 70). Obwohl der Kardinal mit dieser *Aufforderung zu mehr Demokratie* sich im Grunde nur der Versprechung Giereks in seiner Programmrede anschloß, dürfte sie in Parteiohren keinen Wohlklang erzeugt haben. Hat er sich doch damit auch als Sprecher des Volkes ins Spiel gebracht, auch wenn er dieses — sicher im Sinne der Partei — zum Einsatz aller Kräfte aufforderte.

### *Forderung nach Grundrechten*

Schien der Kardinal mit dieser im Grunde eher versöhnlichen Rede auf das Angebot Jaroszewicz' einzugehen, so verwundert und überrascht das nur wenige Tage später von allen Kanzeln des Landes verlesene Hirten schreiben durch seine selbstbewußten Forderungen, die für manche Beobachter die Grenze des der Parteispitze „Zumutbaren“ überschritten. Das Hirtenwort, das von den Kardinälen *Wyszyński* und *Wojtyła* sowie dem Sekretär der Bischofskonferenz, *B. Dabrowski*, unterzeichnet war, hoffte, daß „die Ankündigung der zuständigen Behörden auch verwirklicht“ würde, und nannte eine Reihe von Grundrechten, die vom Staat „ewig“ geschützt werden müßten, wenn das Volk in Frieden und Unabhängigkeit leben wolle: „1. das Recht auf Freiheit des Gewissens und freie Religionsausübung in Verbindung mit voller Normalisierung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat; 2. das Recht auf freie Gestaltung der eigenen Kultur in Übereinstimmung mit dem Geist christlicher Prinzipien des Zusammenlebens von Menschen; 3. das Recht auf soziale Gerechtigkeit, das in der Erfüllung von gerechten Forderungen zum Ausdruck kommt; 4. das Recht auf Wahrhaftigkeit im Sozialleben, auf Informationen, die der Wahrheit entsprechen,

auf die freie Äußerung von Ansichten und Forderungen; 5. das Recht auf materielle Lebensbedingungen, die der Familie und jedem Bürger eine annehmbare Existenz ermöglichen; 6. das Recht auf eine solche Haltung gegenüber den Bürgern, daß sie in keiner Weise beleidigt, verletzt und verfolgt werden.“

Diese Rechte müssen nach Meinung der Bischöfe nicht nur von den oberen staatlichen Behörden, sondern auch den unteren Vollzugsorganen, insbesondere den Ordnungskräften — sprich Miliz — beachtet werden. Die Bischöfe bedauerten die „schweren Verluste“ und wiederholten mit einem deutlichen Hinweis auf die Studentenunruhen im März 1968, daß „Gewaltanwendung nicht zur Aufrechterhaltung des Friedens im gesellschaftlichen Leben beiträgt, vor allem, wenn Unschuldige, ja Frauen und Kinder nicht geschont werden“. Das Leben des Volkes könne sich nicht in einer Atmosphäre der Angst entfalten. Alles müsse nun getan werden, damit jeder sich im Vaterland sicher fühlen könne und geachtet werde.

Nicht genug damit. In seiner Ansprache zum Dreikönigstag forderte der Primas einen familiengerechten Lohn, der eine Mitarbeit der Frau erübrige, die Aufhebung der Sonntagsarbeit, insbesondere im Bergbau, und die Beseitigung unmenschlicher Arbeitsnormen in den Fabriken. Erschöpfung steigere nicht die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, sondern führe zu „tragischen“ und „schmerzlichen“ Ereignissen: „Wenn ihr eure Macht im Interesse des Gemeinwohls stabilisieren wollt, so greift nicht zu den Gewaltmaßnahmen, sondern seid bereit zu dienen, und ein jeder wird euch respektieren.“

### *Weshalb die Herausforderung?*

Diese offensichtliche Herausforderung überrascht nach der versöhnlichen Predigt des Weihnachtstages, in der er vom Verzicht auf Anklage ge-

sprochen hatte und davon, daß alle mitverantwortlich an der gegenwärtigen Krise seien. Sicher, die Kritik gilt in erster Linie der früheren Parteiführung, kann aber doch nicht auf diese eingengt werden. Wird sie das Verhältnis zwischen Kirche und Staat belasten, eventuell auf lange Sicht zu einer neuen Verhärtung führen? Wird es bald zum vermuteten Treffen zwischen dem neuen Ministerpräsidenten Jaroszewicz und Kardinal Wyszyński kommen? Beobachter sprechen davon, daß der Kardinal sich diesmal übernommen habe, indem er sich durch seine Hinweise auf die „materiellen Lebensbedingungen“, die „Wahrhaftigkeit im Sozialleben“, auf Informations- und Meinungsfreiheit zu sehr politisch exponiert und (nach Auffassung der Partei) das Prinzip der Trennung von Kirche und Staat durchbrochen habe. Als unwahrscheinlich gilt, daß er sich zuvor mit den katholischen Abgeordneten der ZNAK-Gruppe abgestimmt hat. Welches waren die Motive des Kardinals? An einer neuen Kraftprobe kann auch der Kirche nicht gelegen sein, wohl aber an einer stärkeren Verhandlungsposition gegenüber der Regierung. Da diese auf das zu über 90% katholische Volk angewiesen ist, wird sie sich kirchenpolitisch vorerst wohl zurückhalten. So kann man in den Stellungnahmen des Kardinals den Versuch sehen, der Regierung in einer geschwächten Position gegen das Angebot intensiverer Mitarbeit der Katholiken an der wirtschaftlichen Gesundung des Landes ein Mehr an demokratischen Freiheiten abzuhandeln. Vatikanische Kreise haben bisher auf das Normalisierungsangebot des polnischen Ministerpräsidenten zurückhaltend bis skeptisch reagiert. Sie verwiesen auf das Beispiel Gomulkas, der 1956 Kardinal Wyszyński aus der Haft entlassen hatte und das Abkommen mit der Kirche von 1950 in modifizierter Form wieder aufleben ließ, aber nach Festigung seiner Macht zu einer repressiven Kirchenpolitik zurückgekehrt sei.

## *Die Kirche von England - disestablished?*

Vor Weihnachten 1970 wurde die englische Öffentlichkeit mit einem Bericht der 1966 durch den Erzbischof von Canterbury, A. M. Ramsey, eingesetzten sog. Chadwick-Commission betr. „Kirche und Staat“ überrascht (gedruckt vom Information Office).

Es ist seit der Jahrhundertwende der fünfte Bericht zum Thema Befreiung der Kirche von England aus den Fesseln der von Heinrich VIII. begonnenen Gesetzgebung, die sie zur Staatskirche gemacht hat. Aber dieser Bericht ist nun eine ernst zu nehmende